

## Nach dem Nein zum Sparpaket Parteienvorschläge gehen weit auseinander

# Weniger Verwaltung oder eine Reichensteuer?

**Seilziehen** Jetzt sagen die Parteistrategen, wie sie die Kantonsfinanzen im Gleichgewicht halten wollen. Die Vorschläge und Forderungen sind sehr vielfältig und teilweise konträr.

VON MATHIAS KÜNG

Mit dem klaren Nein des Souveräns zur Sparpaket-Vorlage entfallen die 15 Massnahmen, die den Kantonshaushalt um bis 17 Millionen Franken entlastet hätten. Wie geht es jetzt weiter? Die Regierung befürchtet aufgrund grosser Einnahmerisiken neue Defizite (siehe rechts). Wie verhindert man die? Die Abstimmungssieger haben klare Vorstellungen. SP-Co-Fraktionschef Dieter Egli will die Steuerreformen von 2006 und 2012 mindestens teilweise rückgängig machen. Im Visier hat er obere Einkommen und grosse Unternehmen, die bei Kapital- und Dividendenbesteuerung entlastet wurden. Die Schuldenbremse will er abschaffen: «Die ist gerade jetzt ein Riesenklotz am Bein.» Es brauche eine «nachhaltige Finanzpolitik, bei der über eine gewisse Zeit auch Defizite möglich sein können».

**Grüne: Pendlerabzug im Visier**  
Die Grünen bringen ihren Pendlervorstoß wieder aufs Parkett. Ursprünglich hatten sie verlangt, dass Pendler jährlich wie beim Bund nur noch Kosten bis 3000 Franken von den Steuern abziehen können (was Kanton und Gemeinden 60 Millionen Franken brächte). Laut Co-Fraktionschefin Irène Kälin sondiert man jetzt die Mehrheitsfähigkeit einer Beschränkung auf 6000 Franken. Prüfen wollen die Grünen auch die Forderung, die Senkung der Unternehmenssteuer 2016 (die das Volk 2012 mit der Steuerreform gutgeheissen hat) nicht in Kraft zu setzen.

Wichtig ist Kälin, «dass wir endlich akzeptieren, dass wir kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem haben». Die bürgerlichen Partei-

en sollten dies anerkennen und die geplante Streichung der Grundbuchgebühren nicht vollziehen.

### GLP: Grundstücke schätzen

Die GLP will eine systematische Neuschätzung der Grundstücke prüfen. Bei vielen Stimme der Schätzwert längst nicht mehr, sie hätten eine Wertsteigerung erfahren, so Fraktionschefin Barbara Portmann. Die GLP ist ebenfalls für einen Pendlerabzug. Ein höherer Steuerfuss käme für Portmann nur infrage, wenn andere Massnahmen zu wenig bringen und sich ein wirkliches strukturelles Defizit ergäbe. GLP-Politiker Adriaan Kerkhoven wirft die Frage einer «Reichensteuer» ab 150 000 Franken steuerbarem Einkommen in den Raum, sowie die einer «moderaten Erhöhung» von Vermögens- und Erbschaftsteuer.

CVP-Fraktionschef Peter Voser will nochmals beim Staatspersonal ansetzen, ohne eine Prozentvorgabe zu fixieren. Die CVP hatte im Grossen Rat gar eine externe Prüfung verlangt, war damit aber gescheitert. Für künftige allfällige Sparpakete empfiehlt Voser, dem Stimmvolk Mehreinnahmen und Sparmassnahmen separat vorzulegen.

### FDP: Abstimmung splitten?

Weil es schwierig ist herauszufinden, warum die Vorlage abgelehnt worden ist, diskutiert man in der FDP, ob man die frankennässigen grössten Brocken (Vermögensverzehr im Pflegeheim, Abschaffung Berufswahlschule, Hochwasserschutz) als einzelne Vorlagen nochmals behandeln müsste. Das könnte im Zusammenhang mit einzelnen Vorstössen durchaus Sinn machen, so Präsident Matthias Jauslin. Er setzt wie die CVP zusätzlich auf die Kantonsverwaltung. Die Regierung muss ja den Kanton dort um zwei Prozent

senken. Im Back Office sei noch mehr möglich, so Jauslin, «etwa bei Projektstellen, oder ganz einfach bei der überbordenden Bürokratie».

### SVP: Aargau umbauen

Um Sparforderungen nie verlegen ist die SVP. Präsident Thomas Burgherr bekräftigt die schon vor der Volksabstimmung erhobene Forderung, in der Kantonsverwaltung über 800 seit 2009 aufgetragene Stellen abzubauen. Wenn das gelinge, rechnet er vor, «spart der Kanton mindestens 110 Millionen Franken». Auch mit einer Abschaffung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde will er 80 Stellen sparen. Er fordert den Verzicht auf «kostentreibende Prestigeobjekte wie Sozialpolitische Planung und Lehrplan 21». Viel Sparpotenzial liege auch darin, Strassenreparaturen privat zu vergeben. Er hat Grosses vor. Insgesamt gehe es darum, «zu überlegen, was es braucht, damit der Kanton funktioniert und ihn entsprechend umzubauen», fordert Burgherr.

EVP-Fraktionschefin Lilian Studer mag keine neuen Sparübungen andeuten. Sie setzt darauf, dass der jüngsten Steuergesetzrevision habe man keine Weitsicht gezeigt. Studer: «Allenfalls müsste man da noch einmal über die Bücher.»

BDP-Präsident Bernhard Guhl denkt wie die FDP darüber nach, dem Volk einen Teil der Vorlage, nämlich den Vermögensverzehr im Pflegeheim, nochmals vorzulegen. Steuererhöhungen lehne man grundsätzlich ab, es könne nur über Leistungsabbau gehen, so Guhl. Auch die BDP will mithelfen, dass die Grundbuchabgabe bleibt.



**Verwaltung reduzieren**  
Die SVP fordert, den Aufwand für die kantonale Verwaltung um 10 bis 20 Prozent zu kürzen.



**Pendlerabzug kürzen**  
Die Grünen wollen die Pendler stärker zur Kasse bitten. Künftig soll man nur noch Pendlerkosten bis 6000 Franken von den Steuern abziehen können.



**Grundstücke neu schätzen**  
Die GLP will sämtliche Grundstücke im Kanton neu schätzen lassen – viele seien heute deutlich mehr wert als bei der letzten Schätzung.

### RISIKEN FÜR KANTONSHAUSHALT

#### Es drohen Ausfälle bis 160 Millionen Franken

**52 Millionen Franken:** Der Schweizerischen Nationalbank droht 2015 ein Defizit. Im Aargauer Finanzplan rechnete man bisher mit einer ordentlichen Zahlung von 52 Millionen. Die kommt wohl nicht.

**36 Millionen Franken:** Sollte der Aargauer Grosse Rat in zweiter Lesung beschliessen, die Grundbuchabgabe nur noch kostendeckend zu erheben, verliert der Kanton 36 Millionen Franken Einnahmen.

**30 Millionen Franken:** Prognostiker reduzieren das erwartete Wirtschaftswachstum nach dem SNB-Mindestkursentscheid um bis 2 Prozent. Wenn es um 1 Prozent tiefer ausfällt als erwartet, fehlen dem Kanton mit Verzögerung 30, den Gemeinden 24 Millionen Franken.

**27 Millionen Franken:** Heute entscheidet der Nationalrat, ob der Bund und die reichen Kantone weniger Finanzausgleich zahlen sollen. Der Ständerat lehnt dies ab. Sollte der Nationalrat die Senkung wollen und sich gegenüber dem Ständerat durchsetzen, verliert der Aargau bis 27 Millionen Franken.

**15 Millionen Franken:** Sollte das Volk im Juni die Erbschaftsteuer-Initiative annehmen, entgehen dem Kanton und den Gemeinden künftig je bis 15 Millionen Franken.

**160 Millionen Franken** Die Risiken können einmal (Beispiel Nationalbank) oder wiederkehrend (Beispiel Finanzausgleich) eintreffen. Treffen alle zu, fehlen dem Aargau künftig bis 160 Millionen Franken. (MKU)

## Mit einem Gesamtpaket der Linken in die Hand gespielt

**Manöverkritik** Weil es nur alles oder nichts gab, ist der Volkswille schwer zu deuten.

VON URS MOSER

Die Sparmassnahmen (sofern sie überhaupt dem fakultativen Referendum unterlagen) dem Stimmvolk in einem Gesamtpaket vorzulegen, war von Anfang an umstritten. Im Nachhinein bedauern es die Bürgerlichen etwas, dass sie in diesem Punkt Finanzdirektor Roland Brogli nicht mehr Widerstand geleistet haben. Es hatte in der parlamentarischen Beratung aus den Reihen der in die Vorberatung involvierten Kommissionen einen Prüfungsantrag gegeben, das Sparpaket in Einzelvorlagen aufzuteilen. Er wurde dann aber in der zweiten Beratung im Plenum nicht mehr weiterverfolgt, nachdem sich die Regierung dagegen ausgesprochen hatte, das Paket aufzuschmüren.

Urheber war der freisinnige Thierry Burkart, der sich als damaliger Grossratspräsident in den Verhandlungen aber nicht exponierte. Heute ist für ihn klar: Die Paketlösung war, wenn auch nicht der entscheidende, so doch mit ein Grund, dass die Vorlage an der Urne so deutlich gescheitert ist. Paketlösungen seien grundsätzlich schwierig. Wenn darin Einsparungen in vielen verschiedenen und so sensiblen Bereichen wie Gesundheit und Bil-



Thierry Burkart.

dung enthalten sind, sei das Risiko umso grösser, dass sie an einer Kumulation der Gegnerschaft scheitern. Er wolle gar nicht behaupten, dass alle Sparmassnahmen eine Mehrheit gefunden hätten, wenn sie in Einzelvorlagen präsentiert worden wären, so Burkart. Dass aber nicht alle verworfen worden wären, da ist er sich ziemlich sicher. Und vor allem: So hätte die Linke dann auch keine Gelegenheit bekommen, die - seiner Meinung nach falsche - Interpretation zu verbreiten, das Abstimmungsergebnis sei als grundsätzliches Verdikt gegen die Finanzpolitik von Regierung und Parlament zu deuten.

In Einzelvorlagen aufgeteilt wären die Sparmassnahmen eher mehrheitsfähig gewesen, glaubt auch SVP-Grossrat Pascal Furer. Er habe das als Präsident der Kommission Aufgabenplanung und Finanzen auch zur Sprache gebracht, aber gegen den Willen der Regierung habe halt niemand so richtig auf die Variante eingestiegen wollen. Dass es nun nicht zuletzt wegen seiner Partei zu einem deutlichen Nein kam, will Furer gar nicht bestreiten. Die SVP hatte im Parlament den grösseren Teil der zur Abstimmung gelangenden Massnahmen (jene, die keine echten Einsparungen, sondern Mehreinnahmen

bzw. Kostenabwälzungen gewesen wären) bekämpft. Man habe keinen Hehl daraus gemacht, dass man der Vorlage mit wenig Begeisterung zustimme, so Furer. Und so hätten dann sicher viele SVP-Anhänger Nein gestimmt, wie die Resultate gerade aus ländlichen Gegenden zu belegen scheinen, wo die SVP besonders stark ist. Dennoch sieht Furer deswegen keineswegs seine Partei in der Verantwortung für eine mögliche Missdeutung des Volkswillens. Gekrankt habe das Sparpaket grundsätzlich daran, dass die Bürger den Eindruck hätten, der Staat wolle sich auf ihre Kosten entlasten und bei der eigenen Verwaltung nichts sparen. Und dann sei auch die Kampagne (mit Federführung bei FDP und Gewerbeverband) viel zu lau gewesen.

### Kritik an Rolle der SVP

Da müssten sich die Bürgerlichen an der Nase nehmen, gesteht Maya Bally ein, Präsidentin der BDP-Grossratsfraktion. Man habe sich offensichtlich in einer falschen Sicherheit gewandt und sei zu selbstverständlich davon ausgegangen, dass der im Parlament breit abgestützte Kompromiss auch vom Stimmvolk getragen würde. Bally sieht im bürgerlichen Lager allerdings sehr wohl die SVP in einer besonderen Verantwortung: Es sei konsequent von ihr gewesen, etwa für Einsparungen bei der Bildung einzustehen und einen höheren Vermögensverzehr bei den Rentnern zu bekämpfen.

## Frauen machen mobil für gleiche Löhne

**Equal Pay Day** Standaktion in Baden, Demonstration in Bern und Frauenbilder-Kampagne von SP-Nationalrätin Yvonne Feri

VON FABIAN HÄGLER

Die letzten drei Tage standen in der Schweiz ganz im Zeichen der Frau: Am Samstag trafen sich Tausende in Bern zur Demo für Lohngleichheit, am Sonntag war internationaler Frauentag, gestern Montag dann Equal Pay Day. «Schon wieder müssen Frauen in der Schweiz bis im März arbeiten, um gleich viel zu verdienen wie die Männer bis zum 31. Dezember des Vorjahrs», hält Katharina Kerr fest, Präsidentin beim Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Aargau.

Bereits am Samstag wurde dies bei der Demonstration in Bern kritisiert. Mit einem Extrazug waren auch Mitglieder des Vereins frauenaargau in die Bundesstadt gereist. Connie Fauver (Grüne), Co-Präsidentin des Vereins, hält fest: «Es braucht die Lohngleichheit, und zwar jetzt.» Obwohl diese seit 1981 in der Verfassung steht, verdienen Frauen laut Fauver nach wie vor knapp 20 Prozent weniger als ihre Kollegen.

### Standaktion für Lohngleichheit

Bei einer Standaktion gestern Montag in Baden setzte sich frauenaargau für die Lohngleichheit ein. «Das Interesse war sehr gross, wir haben noch vor dem Mittag 400 Taschen mit Informationsmaterial verteilt», sagt Fauver. Sie kennt keinen Fall einer Lohnklage und kann auch kein konkretes Beispiel nennen, wie viel weniger eine Frau im gleichen Job verdient wie ein Mann. «Aber auch wenn man die erklärten Faktoren herausrechnet, bleibt ein Unterschied von 7 bis 8 Prozent zwischen den Geschlechtern, und das ist diskriminierend.» Dies sei schon beim ersten Lohn beim Berufseinstieg der Fall, sagt Fauver. «Natürlich können Frauen lernen, ihre Lohnforderungen selbstbewusster zu stellen, aber wenn der Unterschied als gegeben akzeptiert wird, geht das nicht.»

### Für Klagen braucht es viel Mut

Auch der VPOD unterstützt laut Mitteilung die Forderungen zum Equal Pay Day und ruft die privaten und öffentlichen Unternehmen auf, «endlich für Lohngleichheit für

# FRAUENBILDER



**Yvonne Feri**, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz, hat zum Frauentag eine Aktion lanciert. Unter dem Hashtag #frauenbilder können User auf Facebook und Twitter weibliche Vorbilder posten. «Frauen leisten viel, dies wird aber gesellschaftlich nicht anerkannt», sagt sie. Feri zeigt im Bundeshaus ein Blatt mit Iris von Roten als Vorbild. Die 1990 verstorbene von Roten wurde 1958 mit dem Buch «Frauen im Laufgitter» bekannt, in dem sie die völlige Gleichstellung forderte. Feri: «Ich habe Iris von Roten gewählt, weil sie bereits vor Jahrzehnten Forderungen aufstellte, die noch heute Gültigkeit haben.»

Frau und Mann zu sorgen». Bis dies erreicht sei, werde sich der VPOD weiter mit gerichtlichen Mitteln gegen Lohnungleichheit einsetzen und gesetzgeberische Massnahmen für Lohngleichheit unterstützen.

Doch wie sieht die aktuelle Situation im Aargau aus? Katharina Kerr sagt: «In jenen Bereichen, für die unser Verband zuständig ist, sind mir keine Lohnklagen bekannt.» Das heisse aber nicht, dass die Forderungen der Frauenorganisationen erfüllt seien. Grösser als im öffentlichen Bereich sei das Problem aber in der Privatwirtschaft: «Der Grund ist immer der gleiche: Mann will sparen.»

Dass es kaum zu Lohnklagen komme, hat laut Kerr einen einfachen Grund. «Das Problem ist immer dasselbe: Es braucht Mut, vor allem in Zeiten des Personalstopps.» Der VPOD unterstütze solche Klagen, wenn sie gerechtfertigt seien, zum Beispiel, wenn die Gleichstellungspflicht verletzt werde.

### Verbesserung im öffentlichen Dienst

Im Aargauer Service public setzte sich der VPOD vor 15 Jahren für eine Arbeitsplatzbewertung ein, welche die Lohngleichheit fördere. Damals ging es um ein neues Lohnsystem namens «Abakaba», dies im Zusammenhang mit dem Personalgesetz. Dieses wurde übernommen, aber von der Regierung abgeschwächt. «Die für Frauenarbeit wichtigen Kriterien wie psychische Belastbarkeit wurden abgeschwächt - aus Spargründen», sagt Kerr rückblickend. Der VPOD habe damals etliche Mitglieder beraten und vertreten, zu Lohnklagen sei es aber nicht gekommen. «Dies auch, weil politisch Druck ausübt und nachgebessert wurde.»

Lohnklagen gab es hingegen im Bildungsbereich: jene der Kindergärtnerinnen wurde vom Verwaltungsgericht gutgeheissen, jene der Primarlehrpersonen abgewiesen. In beiden Fällen hatte der Lehrerverband argumentiert, die Löhne für diese typischen Frauenberufe seien im Vergleich zu ähnlichen Verwaltungsjobs zu niedrig. Für die Kindergärtnerinnen überarbeitete der Kanton nun die Lohnstufungen, die Primarlehrerlöhne wird das Bundesgericht festlegen.



Connie Fauver (ganz rechts) verteilt in Baden mit ihren Mitstreiterinnen rote Infotaschen zum Equal Pay Day.

### Bundesrat vertröstet auf 2016

## Rost am AKW Beznau: Bericht lässt auf sich warten

2009 wurden am Fuss der Reaktor-Schutzhülle, am sogenannten Containment des Atomkraftwerks Beznau, rostige Stellen entdeckt. 2010 nahm das eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) erstmals dazu Stellung. Wie gefährlich die Rostschäden sind, ist aber auch heute noch unklar.

Auf eine Frage des Aargauer SP-Nationalrats Max Chopard hin hat der Bundesrat gestern einen Bericht des Ensi auf 2016 in Aussicht gestellt. Zudem

hält der Bundesrat fest, dass Kernkraftwerk habe Massnahmen ergriffen, um Rostschäden zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Konkret nennt die Regierung ein Korrosionsschutzsystem und Trocknungsmaßnahmen.

Chopard, der schon 2013 zwei Vorstösse dazu eingereicht hatte, ist unzufrieden: «Es kann doch nicht sein, dass der aktualisierte Bericht des Ensi zu den Rostschäden beim AKW Beznau erst fünf Jahre nach der ersten Messung

vorliegt» Chopard gibt zu bedenken, dass es sich beim Containment um das wichtigste Schutzelement des Kraftwerks handle. «Ich kann mir drei mögliche Gründe für die Verzögerung vorstellen: Entweder fehlt beim Ensi die Kapazität, oder man nimmt die Rostschäden nicht ernst, oder die Sache ist so heikel, dass man den Bericht dazu nicht veröffentlichen will - alle drei Möglichkeiten sind bedenklich», kritisiert der SP-Nationalrat. (FH)